

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

Bayern stemmt sich gegen die Corona-Pandemie und auch wir FREIE WÄHLER im Landtag wollen alles dafür tun, die die Zahl der Neuinfektionen möglichst zu dämpfen. Wie wichtig dies ist, zeigt die Situation in einigen unserer europäischen Nachbarländer, die teilweise einen zweiten Lockdown verhängen mussten – **und so gab es vergangenen Mittwoch im Plenum eine Regierungserklärung zur Corona-Lage**. Klar ist: Wir unterstützen die Schutzmaßnahmen der Staatsregierung. Doch nicht nur



Vorsicht und Umsicht sind jetzt gefragt – sondern auch Zuversicht und Weitsicht, um mit Corona leben zu lernen. Wir wollen uns **Optimismus und Freude am Leben nicht nehmen lassen!** Deshalb werden wir weiter mit pragmatischem Weitblick eine mäßigende Kraft in der Regierungskoalition bleiben: Gesundheitsschutz und der Schutz unserer Wirtschaft müssen dabei Hand in Hand gehen.

R ü c k b l i c k

Im Zentrum unserer parlamentarischen Woche stand die **Regierungserklärung von Ministerpräsident Söder zur Corona-Lage**, die weiter „todernst“ ist, so unser Fraktionsvorsitzender **Florian Streibl**. Bayern befindet sich jedoch in keiner aussichtslosen Situation. Zwar belegen die Infektionszahlen deutlich, dass Corona mit voller Wucht zurück ist – noch aber ist Zeit zum Handeln. Oberstes Ziel muss es bleiben, unser Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Denn Infektionsschutz ist immer auch Wirtschaftsschutz. Die **Corona-Soforthilfen von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger haben schon jetzt tausende Existenzen gerettet** – nun muss auch der Bund helfen und die aktuell geltende Mehrwertsteuersenkung um mindestens ein Jahr verlängern. **Grundlage für weitere Erfolge bleiben auch offene Schulen**, damit Eltern im Job volle Leistung bringen

können – deshalb verdient auch Kultusminister Michael Piauzolo für seinen Rahmenhygieneplan an bayerischen Schulen Dank und Anerkennung. Mit der kürzlich eingeführten **Corona-Ampel in Bayern** wie auch dem **Runden Tisch zur Corona-Strategie** sind wir bestens gerüstet – **beides haben wir als FREIE WÄHLER-Fraktion vorgeschlagen und durchgesetzt**. Wir sind überzeugt, dass wir damit die Akzeptanz der Schutzmaßnahmen sicherstellen – und dass das Parlament als Gesetzgebungsorgan neueste Erkenntnisse zum Infektionsgeschehen stets in sein politisches Handeln einfließen lassen kann.



Fraktionssitzung: Plenarvorbereitung und Abstimmung wichtiger Themen

Mit einem Dringlichkeitsantrag setzen wir uns dafür ein, **mobile Corona-Teststrecken weiterzuentwickeln und auszubauen**. Ziel ist es, lokale Corona-Hotspots frühzeitig einzudämmen. Denn wir wollen das Infektionsgeschehen bei den aktuell rasant ansteigenden Corona-Infektionszahlen weiterhin gut nachverfolgen können – gerade auch im Hinblick auf die bevorstehende Grippesaison. **Ein schneller, gut koordinierter und flexibler Einsatz mobiler Teststrecken ist deshalb ein wirksames Mittel im Kampf gegen die Pandemie**. Doch ein Corona-Abstrich stellt eine Maßnahme dar, die nach unserer Auffassung nur ärztlich durchgeführt werden sollte. Auch in besonderen Ausnahmesituationen wie aktuell der Pandemie darf eine solche Aufgabe nicht an Laien delegiert werden. Denn **um fehlerhafte Tests noch besser zu vermeiden ist es unabdingbar, dass Corona-Abstriche durch geschultes medizinisches Fachpersonal durchgeführt werden**. Immerhin geht es hier um die Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger. Mit derzeit 17 mobilen Teststrecken und einer jeweiligen Kapazität von bis zu 500 Tests kommt der Freistaat auf täglich bis zu 8.500 mögliche Testungen – eine Chance zur Eindämmung von Covid-19, die unbedingt ergriffen werden muss. Denn **gerade mobile Teststrecken haben den unschätzbaren Vorteil, dass sie über Landkreis- und Bezirksgrenzen hinweg flexibel eingesetzt werden können** – je nach

regionalem Bedarf. Einen zweiten flächendeckenden Lockdown wollen wir weiterhin mit allen Mitteln verhindern.

Mit einem weiteren Dringlichkeitsantrag möchten wir außerdem den **Hygieneplan an Schulen anpassen**. Denn wir wollen den Schulunterricht in Bayern so lange wie verantwortbar möglich aufrechterhalten. Bei weiterhin steigenden Corona-Infektionszahlen müssen vor allem die **Abschlussjahrgänge aller Schularten sowie die Schülerinnen und Schüler der ersten und vierten Grundschulklasse den Präsenzunterricht bevorzugt besuchen dürfen**. Denn Schule ist nicht nur ein Ort zur Vermittlung von Unterrichtsstoff, sondern ein Lern- und Sozialraum. Deshalb ist und bleibt Präsenzunterricht die beste Form des Lernens. Unser Ziel war und ist es, das **Recht auf Bildung mit den Anforderungen eines bestmöglichen Gesundheitsschutzes in Einklang zu bringen**. Das Kultusministerium unter Prof. Dr. Michael Piazolo hat hierzu in den vergangenen Monaten einen regionalisierten und stets an aktuelle Erkenntnisse und Entwicklungen angepassten Rahmenhygieneplan für Schulen erarbeitet. Dieser gibt der gesamten Schulfamilie **klare und verbindliche Leitlinien für die Arbeit im Lichte von Corona**. Unter dem Eindruck steigender Infektionszahlen gilt es jetzt, diesen Rahmenplan so zu verfeinern, dass Abschlussklassen, Übertritts- und Eingangsklassen möglichst auch bei höherem Infektionsgeschehen weiterhin die Schulen besuchen können.

Um die Bevölkerung noch besser bei Anti-Corona-Maßnahmen mitzunehmen haben wir uns ebenfalls mit einem Dringlichkeitsantrag für **mehr parlamentarische Beteiligung im Kampf gegen die Corona-Pandemie eingesetzt**. Unseren Überlegungen zufolge soll der Bundestag – ein halbes Jahr, nachdem die viel zitierte Stunde der Exekutive geschlagen hat – nun einen **rechtssicheren und verbindlichen Befugnisrahmen schaffen, innerhalb dessen die Landesregierungen handeln dürfen**. Gerade jene Corona-Maßnahmen, die die Grundrechte der Bürger und Bürgerinnen massiv einschränken, sollen künftig einheitlich und rechtssicher im Bundesinfektionsschutzgesetz durch den parlamentarischen Gesetzgeber auf Bundesebene geregelt werden. Hiervon versprechen wir uns nicht allein eine **breitere demokratische Legitimation der Corona-Politik**, sondern auch die **dringend notwendige Homogenisierung festgelegter Rechtsfolgen in ganz Deutschland**. Die zeitliche Befristung dieser Ermächtigungsgrundlage soll zudem eine fortlaufende Evaluation der Angemessenheit aller Maßnahmen sicherstellen. Damit setzen wir aus Bayern heraus nicht nur Maßstäbe bei den Maßnahmen zur Krisenbewältigung selbst, sondern auch hinsichtlich ihrer demokratischen Legitimation.

Außerdem stand ein Gesetzentwurf der Staatsregierung zur **Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes** auf der Tagesordnung. Bereits im Koalitionsvertrag haben wir das **Fünf-Hektar-Ziel als Maßnahme gegen den Flächenverbrauch** verhandelt – und es bis zum jetzigen Gesetzentwurf auch erfolgreich verteidigt. **Das Ziel ist, unsere schöne Heimat mit ihren einzigartigen Naturlandschaften für künftige Generationen sinnvoll zu bewahren und den Flächenfraß zu reduzieren.** Deshalb müssen wir in Zukunft noch genauer prüfen, wie Grund und Boden genutzt werden. Denn klar ist, dass eine ökologisch wertvolle Photovoltaik-Freiflächenanlage künftig sicher anders zu bewerten ist als ein betonierter Parkplatz. Doch am Ziel des Flächensparens per se ändert dies nichts. Schließlich zeigt uns die Corona-Pandemie gerade jetzt auf, wie wichtig der Erhalt der wunderschönen Täler, Berge, Wälder und Felder vor der eigenen Haustüre sind – und auch weiterhin bleiben wird.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien eine schöne Woche – bitte bleiben Sie gesund!

Impressum

Abgeordnetenbüro Joachim Hanisch

Hintere Marktstraße 13
92436 Bruck i.d.OPf.

Telefon: 09434 / 901513
Telefax: 09434 / 901514
Email: joachim.hanisch@fw-landtag.de
Web: www.joachim-hanisch.de